

Landespressekonferenz, 5.2.2024, 11 Uhr, Stuttgart
Rede des VBE-Bundes- und Landesvorsitzenden Gerhard Brand
zur Vorstellung der forsa-Umfrage

**„Schule aus Sicht der Schulleiterinnen und Schulleiter –
Digitalisierung und digitale Ausstattung“**

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrter Herr Binkowski, sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse,
vielen Dank, dass der VBE heute hier seine Studie präsentieren darf,

das Sozialforschungsinstitut forsa hat vom 15. September bis zum 20. Oktober 2023 im Auftrag des VBE bundesweit 1.310 Schulleitungen befragt, 250 davon aus Baden-Württemberg. Die Umfrage ist damit repräsentativ und, da wir die Studie schon seit einiger Zeit erheben, sind Frage-Items vergleichbar und wir können Entwicklungen sichtbar machen.

Wir werden heute nicht nur die Daten für Baden-Württemberg vorstellen, sondern auch die Daten, die der VBE bundesweit erhoben hat. Ich spreche also nicht nur in meiner Funktion als Landesvorsitzender, sondern auch in der Funktion als Bundesvorsitzender des VBE zu Ihnen.

Wie ist es um die Digitalisierung in Baden-Württemberg bestellt und wie, um die im Bund?

Ich kann hier vorausschicken, dass die Werte zwischen Baden-Württemberg und dem Bund nicht wesentlich abweichen. Viel interessanter als dieser Vergleich ist die Entwicklung der vergangenen vier Jahre, die wir in der Umfrage ebenfalls abbilden können. Es ist eine Entwicklung, die wir die Corona-Edition nennen.

Dabei ist für den VBE klar: Die digitale Transformation ist nicht die Digitalisierung des Analogen! Digitalisierung ist keine Kür an den Schulen – sie ist Pflichtprogramm. Sie ist kein Aufsatz, sondern immanent im Unterricht zu verankern! Aus diesem Auftrag leiten sich Forderungen ab!

Gute Infrastruktur – quasi die Hardware – sowie Vernetzung, Datengeschwindigkeit und Datenvolumen sind die Grundvoraussetzungen, damit digitale Bildung an Schulen stattfinden und gelingen kann. Schauen wir, wie es mit der Verfügbarkeit von digitalen Endgeräten an den Schulen aussieht.

Gaben in Baden-Württemberg im Jahr 2020 nur 3 Prozent der Schulleitungen an, dass alle Klassen mit Klassensätzen an digitalen Endgeräten wie Laptops, Tablets oder Smartphones ausgestattet sind, so sagen dies im Jahr 2022 bereits 11 Prozent und in der aktuellen Umfrage sehen wir einen weiteren Anstieg auf 13 Prozent.

Betrachten wir die Schulen, die nur einzelne Klassensätze an digitalen Endgeräten vorhalten, dann können wir einen bemerkenswerten Sprung beobachten. 2020 gaben nur 30 Prozent der befragten Schulleitungen an, dass sie für Klassen digitale Endgeräte vorhalten können, heute sagen dies 80 Prozent!

Wir sehen also, dass in mittlerweile 93 Prozent der Schulen Klassensätze mit Laptops, Tablets oder ähnlichen Geräten vorhanden sind – wenn auch nicht komplett.

Die Zahlen für den Bund sehen sehr ähnlich aus. Drei Viertel der Schulleitungen berichten von einzelnen Klassensätzen an Endgeräten, 15 Prozent von einer Vollausrüstung.

Das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass immerhin jede zehnte Schulleitung angibt, dass kein einziger Klassensatz verfügbar ist. Die Gleichwertigkeit der Lernverhältnisse endet, wo Lerngruppen nicht einmal stundenweise Zugang zu den Möglichkeiten, die die Digitalisierung bietet, haben.

Wenn wir es ernst meinen und wenn wir international wieder den Anschluss erreichen wollen, dann muss es unser Ziel sein, alle Schülerinnen und Schüler, und auch die Lehrkräfte mit digitalen Endgeräten auszustatten. Digitale Endgeräte werden für uns nicht erst in naher Zukunft so selbstverständlich sein, wie früher der Füller oder der Taschenrechner, nein, sie sind es schon – die Praxis hat die Schule überholt!

Auch deshalb muss der Bund weiter an der Finanzierung beteiligt werden.

So gut die Zahlen sich auch entwickelt haben: Mehr digitale Endgeräte an den Schulen bedeuten gleichzeitig mehr Zeit für Beschaffung und Wartung. Diese Administrationstätigkeiten und die Netzwerkbetreuung an Schulen sind in den vergangenen Jahren aufwändig und komplex geworden. Es ist dringend notwendig, die Kolleginnen und Kollegen, die sich um diese Aufgaben kümmern, deutlicher als bisher zu entlasten. Wir fordern daher sowohl wesentlich mehr Entlastungsstunden, wie auch externe Unterstützung durch dafür ausgebildete IT-Fachkräfte. Das Kerngeschäft von Lehrkräften muss das Lehren bleiben!

Darüber hinaus fordert der VBE die gesicherte Versorgung der IT-Umgebung durch zusätzliche und dauerhaft eingebrachte finanzielle Mittel! Bund, Länder und Kommunen sind hier in der Pflicht!

Zumindest in Baden-Württemberg werden diese Mittel für die Administration nicht zusätzlich eingestellt. Sie werden von vielen Schulträgern auf das Budget der Schulen gebucht. Das kann gerade bei kleinen Schulen einen nicht unerheblichen Betrag ausmachen. Es ist Geld, das bei anderen Projekten an den Schulen oder bei der Lehrmittelbeschaffung fehlt.

Wie wichtig die Betreuung der IT-Infrastruktur durch externe IT-Fachkräfte ist konnten wir im vergangenen Jahr in Karlsruhe sehen: Acht Schulen wurden mit voller Absicht von Hackern angegriffen. Sie forderten zwei Bitcoin um die Rechner wieder frei zu geben! Uns muss klar sein: Schulen werden bewusst angegriffen – da ist keiner zufällig auf der Maus ausgerutscht!

Die Haupt-Administration muss deshalb durch Expertinnen und Experten extern erfolgen, die sich professionell darum kümmern – dies muss auch Sache des Landes oder der Kommunen sein.

Dass die Datensicherheit auch dadurch gewährleistet werden muss, dass Schulleitungen mit dem Kollegium geeignete Programme identifizieren und einsetzen, ist richtig. Aber die Frage der Datensicherheit in die Hände der Schulleitungen und Lehrkräfte zu legen, ist nahezu unverantwortlich. Dazu sind Lehrkräfte weder ausgebildet, noch sind das ihre primären Aufgaben.

Eine weitere Crux mit den digitalen Endgeräten: Irgendwann müssen sie ersetzt werden. Erfreulich ist aus unserer Sicht, dass nahezu alle Kommunen in Baden-Württemberg einen Antrag zur Förderung ihrer Schulen mit Mitteln aus dem Digitalpakt gestellt haben. 97 Prozent der Schulleitungen sagen dies.

Aber solange die Anschlussfinanzierung des Digitalpakts nicht gewährleistet ist, sind die Erfolge, die wir bei der Ausstattung gemacht haben, gefährdet.

Im Mai läuft der Digitalpakt Schule aus. Er war eine gute Investition, um die Digitalisierung in Gang zu bringen. Jetzt müssen wir aber Gas geben und einen Gang höher schalten: Wir brauchen einen Digitalpakt 2.0. Und eigentlich sogar noch viel mehr. Wir brauchen eine Vereinbarung von Bund, Ländern und Kommunen, gemeinsam die digitale Infrastruktur, Ausstattung und Wartung zu gewährleisten – und zwar nachhaltig und flächendeckend.

Denn die Kolleginnen und Kollegen brauchen jetzt Planungssicherheit. Ansonsten bleibt die Unruhe an den Schulen in einer ohnehin schon unruhigen Zeit.

Betrachtet man diese Umstände, ist es geradezu logisch, dass drei Viertel der Schulleiterinnen und Schulleiter in Baden-Württemberg, die einen Antrag aus den Mitteln des Digitalpakts gestellt haben, sagen, dass weitere Mittel zur Förderung dringend benötigt werden. Die Zahl ist nahezu deckungsgleich mit der des Bundes.

Die beste Hardware ist aber zu nichts nütze, wenn man sie nicht bedienen und im Unterricht nicht zielführend einsetzen kann. Oder, um es mit den Worten unseres Ministerpräsidenten zu sagen: „Die Pädagogik führt und die Digitalisierung folgt. Nicht umgekehrt!“ Und da hat er auch mal Recht!

Wie also sieht es bei den Fortbildungen zum Einsatz digitaler Endgeräte aus?

45 Prozent gaben laut unserer forsa-Studie an, dass fast alle Lehrkräfte im Land mindestens eine Fortbildung zum Einsatz digitaler Endgeräte im Unterricht besucht haben. Dieser Wert ist noch ausbaufähig. Bundesweit liegt er mit 54 Prozent etwas besser.

Ein Zehntel der befragten Schulleitungen in Baden-Württemberg gaben hingegen an, dass weniger als 25 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer an der Schule eine Fortbildung besucht haben. Baden-Württemberg ist hier in etwa auf Bundesschnitt.

In der Summe zeigt sich: 74 Prozent der Schulleitungen im Land, 81 Prozent im Bund, geben an, dass mindestens die Hälfte bis alle Lehrkräfte an ihrer Schule eine Fortbildung wahrgenommen haben. Eingedenk der Multiplikatoren-Wirkung fortgebildeter Lehrkräfte für das Kollegium ist das eine positive Nachricht.

Eine weitere positive Nachricht ist, dass Baden-Württemberg in den vergangenen vier Jahren den Rückstand zum Bund weitgehend aufholen konnte.

Die Angebote, Fortbildungen wahrzunehmen sind also vorhanden: In Baden-Württemberg gibt es neben dem Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung ZSL, das Landesmedienzentrum und die Kreismedienzentren, die Fortbildungen direkt an den Schulen anbieten. Damit Kreismedienzentren ihre Aufgabe gut wahrnehmen können, müssen sie aber personell aufgestockt werden.

Denn es werden zusätzliche Qualifizierungsangebote notwendig werden, wenn man die kommenden Herausforderungen wie den Umgang mit künstlicher Intelligenz oder den Einsatz von Programmen wie ChatGPT im Unterricht in den Blick nimmt.

Für Aufsehen hat in diesem Zusammenhang ein Impulspapier der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz gesorgt, das empfiehlt, allen Schülerinnen und Schülern ab der Sekundarstufe 1 sowie allen Lehrkräften einen kostenlosen oder kostengünstigen Zugang zu KI-Werkzeugen zu ermöglichen. Potenzial sieht die SWK bei der Binnendifferenzierung und der Individualisierung im Unterricht – beispielsweise bei KI-Sprachmodellen als Schreibunterstützung. Erste Bundesländer wie Rheinland-Pfalz, Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen-Anhalt haben den Lehrerinnen und Lehrern bereits einen datenschutzkonformen Zugang zu ChatGPT ermöglicht.

Eine weitere wichtige Komponente ist, dass künftige Generationen von Lehrerinnen und Lehrern fit gemacht werden, um mit der Digitalisierung an den Schulen Schritt zu halten. Das heißt, Digitalisierung muss bereits an den Hochschulen und in der Folge in den Seminaren ein Ausbildungsinhalt sein.

Rund 60 Prozent der Schulleitungen in Baden-Württemberg sagen, dass die jungen Lehrkräfte, die vor Kurzem ihr Studium beendet haben, gut beziehungsweise sehr gut für den Einsatz digitaler Endgeräte im Unterricht vorbereitet sind. Das andere Drittel sagt aber, dass sie weniger gut oder sogar schlecht auf diese Aufgabe vorbereitet sind. Auf Bundesebene sieht das genauso aus – und muss mit Blick auf das, was kommt, dringend verbessert werden.

In der Beobachtung konnten wir feststellen, dass Digitalisierung in der Lehrkräfteausbildung davon abhängt, wie hoch die Affinität zu digitalen Endgeräten selbst ist und wie hoch die Affinität der Lehrenden an den Hochschulen zu dem Thema. Es gibt leider noch keine einheitlichen Standards, wie digitales Lernen in der Hochschullehre umgesetzt wird.

In den Bereichen: Ausstattung der Schulen mit digitalen Endgeräten, Teilnahme von Lehrkräften bei Fortbildungen und Vorbereitung der Junglehrkräfte auf den Einsatz digitaler Endgeräte sind deutlich positive, also erfreuliche Entwicklungen in den vergangenen vier Jahren zu verzeichnen. Gerade bei den Fortbildungen hat Baden-Württemberg aufgeholt und bewegt sich auf dem Durchschnitt des Bundes, das war nicht immer so. Es ist eindeutig belegbar, dass die Investitionen, die während der Corona-Pandemie getätigt wurden wirken und noch nachwirken!

Die Aussichten indessen sind nicht erfreulich! Wir laufen Gefahr, das Erreichte zu verspielen. Denn die Mittelbereitstellung erfolgt nicht in dem von den Schulen benötigten Umfang! Auch das zeigt unsere Umfrage glasklar!

Der VBE hat daher fünf Forderungen:

- Bund, Länder und Kommunen müssen dauerhafte Lösungen angehen. Ein weiterzuentwickelnder Digitalpakt muss langfristig, nachhaltig und flächendeckend wirken.
- Bei künftigen Projekten frühzeitig Personen aus der Schulpraxis mit ins Boot holen und nicht erst in der Erprobungsphase.
- Administration darf nicht auf dem Rücken der Schulen abgeladen werden.
- Stetiger Ausbau der Glasfasernetze und Sicherheit der digitalen Infrastruktur
- Fortbildungsangebote sowohl quantitativ als auch qualitativ weiter ausbauen und die Nutzung der Angebote möglich machen.